

Dieser Optimismus ist nun verfliegen. Der europäische Integrationsprozess droht an einer neuen Renationalisierungswelle zu scheitern. Russland führt einen kaum verdeckten Krieg gegen die Ukraine und zelebriert seine nukleare Stärke. Im Nahen Osten lösen sich die staatlichen Grenzen auf. Die Gefahr eines offenen Konflikts zwischen einem selbstbewusst auftretenden China und seinen Nachbarn wächst. Und die Ordnungsmacht Amerika marginalisiert sich in einem immer skurriler anmutenden Präsidentschaftswahlkampf buchstäblich selbst.

So weit, so schlecht. Doch der Westen lernt aus seinen Fehlern. Die Außenpolitik der USA wird sich unter einer neuen politischen Führung verändern. Die Ära des außen- und sicherheitspolitischen Minimalismus, des liberalen Gegenentwurfs zur Interventionenfreudigkeit der "Necons", geht nun ihrerseits zu Ende. Die syrische Lektion, wonach ein von den USA hinterlassenes Machtvakuum im Nahen Osten von Russland oder gar dem Iran ausgefüllt wird, hat seinen Eindruck in Washington ebenso wenig verfehlt wie Chinas Bestrebungen, durch das Aufschütten künstlicher Inseln seine Gebietsansprüche zu erweitern. Hier wird das Überschreiten "roter Linien" gepöbelt – und Amerika an seine weltpolitische Ordnungsselle erinnert.

Sogar in Europa scheint ein Umdenken eingesetzt zu haben. Es ist nicht nur die Ukraine-Krise, die einige Staaten Europas dazu bewegen hat, ihre Verteidigungshaushalte wieder zu erhöhen. Es ist auch die Einsicht, dass eine prinzipiengelenkte westliche Ordnungspolitik nur

**(BS/Michael Rühle) Spätestens mit der russischen Annexion der Krim im Frühjahr 2014 ist die vielzitierte "Post-Cold-War"-Ära zu Ende gegangen. Im historischen Rückblick wird sich das seit dem Ende des Kalten Krieges vergangene Vierteljahrhundert als eine "Zwischenzeit" darstellen, die von fast schon naivem Optimismus geprägt war. In den westlichen Gesellschaften glaubte man an eine immer stärker integrierte Europäische Union und ein sich demokratisierendes Russland ebenso wie an den Erfolg des "Arabischen Frühlings" und an den Triumph der wirtschaftlichen Interdependenz in Asien über alte geopolitische Rivalitäten.**

dann eine Chance hat, wenn hinter ihr die Bereitschaft steht, notfalls auch Gewaltmittel einzusetzen.

Deutschland macht hier keine Ausnahme. Es unterstützt die Kurden im Nordirak mit Waffen und Ausbildern. Deutsche Aufklärungs-Tornados fliegen Einsätze gegen den "Islamischen Staat". Schon kurz nach Beginn der Ukraine-Krise hatte sich Berlin verpflichtet, durch die Bereitstellung von Kernelementen für die neue schnelle Eingreiftruppe der NATO eine wichtige Rolle beim Schutz der osteuropäischen NATO-Verbündeten zu übernehmen. Und auch der Forderung der NATO nach einer zumindest perspektivischen Anhebung des Verteidigungshaushalts auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat Berlin zugestimmt.

#### Grundsätze

Doch all dies kann nicht über die Strukturprobleme der deutschen Sicherheitspolitik hinwegtäuschen: ein Parlamentsvorbehalt, der deutsche militärische Beiträge und ihre Mandatierung zumeist restriktiv ausfallen lässt; eine Bundeswehr, die sich seit 25 Jahren personell im freien Fall befindet und den Weg zur Einsatzarmee ohne ausreichende finanzielle und materielle Grundlagen gehen muss;

## Der Westen lernt

### Sicherheitspolitik am Ende der "Post-Cold-War"-Ära



Michael Rühle ist Leiter des Referats Energiesicherheit in der Abteilung für Neue Sicherheits Herausforderungen der NATO in Brüssel.

Foto: BS/privat

und eine Öffentlichkeit, die sich für "harte" sicherheitspolitische Themen kaum interessiert. Das Ergebnis ist eine Sicherheitspolitik, die trotz der Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan den Eindruck vermittelt, dass sie noch immer vornehmlich im Symbolischen zuhause ist und militärische Risiken scheut. Diese strukturellen Beschränkungen sind nicht kurzfristig veränderbar. Gleichwohl lassen sich einige Grundsätze definieren, an denen sich die deutsche Sicherheitspolitik am Ende der "Post-Cold-War"-Ära orientieren sollte:

**Erstens**, die militärische Zusammenarbeit mit den USA muss weiterhin an erster Stelle stehen, unabhängig davon, ob diese Kooperation im Rahmen der NATO oder – wie gegenwärtig im Nahen Osten – in Ad-hoc-Koalitionen erfolgt. In einem internationalen Sicherheitsumfeld, in dem der russische Militarismus

wieder aufkeimt, zahlreiche Staaten im Nahen Osten und Nordafrika vor dem gewaltsamen Zerfall stehen und in Asien ein neuer Rüstungswettlauf begonnen hat, bleiben die USA

die unersetzliche Ordnungsmacht, die Europas Unterstützung verdient.

**Zweitens**, auch eine neue amerikanische Führung wird von den Europäern mehr Lastenteilung verlangen. Europa wird deshalb mehr Verantwortung für die Sicherheit des Kontinents und seiner Peripherie übernehmen müssen. Für Deutschland, das sich noch beim Libyen-Einsatz 2011 im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthielt, wird dies nicht leicht. Wer militärischen Operationen nur zustimmen kann, wenn zuvor ein alle Eventualitäten berücksichtigendes "Gesamtkonzept" erstellt wurde, verlangt letztlich nach einer risikofreien Sicherheitspolitik, die eine europäische wie transatlantische militärische Lastenteilung unmöglich macht.

**Drittens**, der deutsche Verteidigungshaushalt ist ein kritischer Indikator für die deutsche

Bereitschaft zur transatlantischen wie innereuropäischen Lastenteilung. Nach über 20 Jahren der realen Absenkung dieses Etats hätte seine substanzielle Erhöhung eine politische Signalwirkung, die weit über seine unmittelbare militärische Bedeutung hinausginge. Der Verteidigungshaushalt wird nicht die zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen, die man gemeinsam mit den anderen NATO-Verbündeten als Richtschnur beschlossen hat, doch ein stetiger Anstieg wäre militärisch wie politisch sinnvoll und auch wirtschaftlich vertretbar.

**Viertens**, die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland muss sich weitaus stärker an militärischen Realitäten orientieren. Das ist nicht einfach, da die militärische Führung schon lange verstummt ist. Dennoch kann die deutsche "strategic community" mehr leisten, als man ihr bisher abverlangt hat. Seriöse Russland-Expertise, auf die man die letzten 20 Jahre offenbar verzichten zu können glaubte, ist wieder gefragt. Gleiches gilt für Fragen nuklearer Abschreckung und Nichtverbreitung. Und das Verständnis von Amerika und seiner Außen- und Sicherheitspolitik sollte über den NSA-Skandal und Verschwörungstheorien

um Chlorhühnchen hinausreichen.

**Fünftens**, die deutsche Russland-Politik muss sich selbst "enttäuschen". Der Glaube, man könne Russland irgendwie besser als andere und wisse folglich, wie mit Moskau umzugehen sei, gehört zu den großen Lebenslügen der deutschen Diplomatie. Transatlantische Bündnisolidarität und ein gutes Verhältnis zu Moskau schließen einander nicht aus – weshalb Deutschland auch im Rahmen der NATO weiterhin auf gute Beziehungen zu Russland hinarbeiten wird. Wenn sich die russische Politik jedoch zum Negativen verändert, muss man willens und fähig sein, Konzepte wie "Modernisierungspartnerschaft" oder "Wandel durch Handel" grundsätzlich zu hinterfragen.

**Schließlich und vor allem:** Deutschland muss sich endgültig von der Vorstellung lösen, es könne seiner sicherheitspolitischen Verantwortung in erster Linie durch eine Form des militärischen Engagements gerecht werden, das sich auf sekundäre Aufgaben beschränkt. Der Reflex, sich selbst militärisch ins Spiel zu bringen, dann jedoch lediglich risikoarme Unterstützungsaufgaben – noch dazu mit hoffnungslos überaltertem Gerät – übernehmen zu wollen, sendet das falsche Signal. Statt Solidarität und Entschlossenheit zu demonstrieren, setzt man sich dem Verdacht aus, seine militärischen Unzulänglichkeiten bewusst zu kultivieren, um gar nicht erst zum Handeln aufgefordert zu werden. Eine solche Symbolpolitik mag für die "Post-Cold-War"-Ära genügt haben. Heute, nach dem Ende dieser Epoche, müssen dickere Bretter gebohrt werden.

Sichtlich stolz wies Generalmajor **Erich Staudacher**, Vorsitzender von AFCEA Bonn e. V., bei seiner offiziellen Ausstellungseröffnung und Begründung darauf hin, dass mit 114 Ausstellern "ein neuer Höhepunkt" erreicht worden sei. Bei der ersten Ausstellung vor 30 Jahren sei IT noch ein "Thema für Bürokommunikation" gewesen. Mittlerweile, so General Staudacher, stehe man digital an der "Schwelle zu einer neuen Ära".

#### Symposium

Wie diese Ära konkret aussehen könnte, darauf ging anschließend **Martina Koederitz**, Vorsitzende der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH, ein. Mit "Cognitive Computing" beginne eine "neue Zeitrechnung" im Rahmen der vierten industriellen Revolution ("internet of things"). Mittels "lernender Systeme" würden künftig alle Unternehmen und Behörden in die Lage versetzt, unvorstellbar große Datenmengen analytisch auszuwerten, um schnellere und bessere Entscheidungen treffen zu können. IBM Deutschland selbst investiere massiv in Cognitive Computing, so die Geschäftsführerin. In München habe man zu diesem Zweck das "Watson Internet of Things Center" aufgebaut. Die Bundeswehr könne diese Technik z. B. für analytische Lagebilder oder für Wartungsintervalle von Material nutzen.

Für eine Stärkung der Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der Industrie sprach sich auch Generalleutnant **Martin Schelley**, Inspekteur der Streitkräftebasis (SKB), aus. Innerorganisatorisch merkte er kritisch an, dass die Schaffung von immer mehr Organisationsbereichen die einheitliche Führung durch das BMVg "nicht leichter" mache. **Dr. Jamie Shea**, NATO Deputy Assistant Secretary General und



Generalmajor Erich Staudacher bei der offiziellen Ausstellungseröffnung

Foto: BS/Portugal



Zahlreiche hochrangige Besucher waren erschienen (v.l.n.r.): Konteradmiral Dr. Thomas Daum, Brigadegeneral Dr. Michael Färber, Generalmajor Walter Huhn, Generalmajor Klaus Veit und Brigadegeneral Dietmar Mosmann.

Foto: BS/Portugal

zuständig für sich abzeichnende Sicherheits Herausforderungen, wies darauf hin, dass die Allianz anfangs die strategischen Implikationen von Cyber-Sicherheit als "game changer" nicht begriffen habe. Mittlerweile setze die

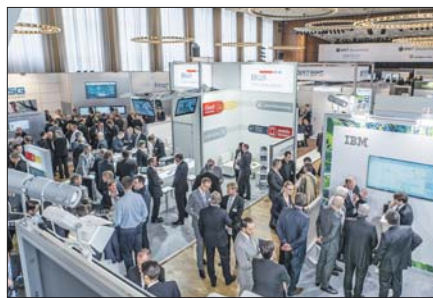
NATO die entsprechenden Schlussfolgerungen jedoch zügig um.

Die Aussteller wird gefreut haben, dass mehr als 2.400 Besucher an der AFCEA-Veranstaltung teilgenommen haben. Al-

## "Vernetzt denken!"

30. AFCEA-Fachausstellung gut besucht

**(BS/por) Zum nunmehr 30. Mal fand Ende April die AFCEA-Fachausstellung des Bonner Chapters statt – letztmalig in der räumlich doch eher begrenzten Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg, ab 2017 am Bonner Maritim Hotel. Das Motto der diesjährigen "Bundeswehr-CeBIT" lautete: "Vernetzt denken – Kommunikation, Integration, Kollaboration".**



Blick in den Großen Saal der Godesberger Stadthalle

Foto: BS/AFCEA, Stefan Veres



Beim Rundgang: Generalmajor Klaus Veit (l), militärischer Vizepräsident des BAAINBw, und Generalleutnant a. D. Steven Boutelle (r), Vice President von Cisco Consulting Services

Foto: BS/Portugal

les, was bei IT und Wehrtechnik Rang und Namen hat, war dort vertreten: IBM und SAP ebenso wie Microsoft und Cisco; Airbus Defence and Space und Thales ebenso wie Rheinmetall und Saab.

Thales Deutschland z. B. stellte dort u. a. sein ganzheitliches Systemkonzept "Nexium Theater" vor. Dieses zeichne sich, so war am dortigen Stand zu erfahren, durch einen einheitlichen, modularen Ansatz aus und ga-

rantiere so "die schnelle Anpassung an die verschiedenen Anforderungen im Einsatzland" mit dem Ziel, die Informationsüberlegenheit für die Einsatzkräfte in verschiedensten Situationen sicherzustellen.

Ein Schwerpunkt beim BWI Leistungsverband im Großen Saal der Stadthalle war die VDI (Virtuelle Desktop-Infrastruktur). Mit dieser könne man individuelle Applikationen raum-, zeit- und geräteunabhängig herunterladen. Außerdem sei VDI ein mobiles Tool, mit dem man auch Verbindung zum Bundeswehr-Netz aufnehmen könne.

#### MELDUNG

### Neues Büro in Berlin-Mitte

**(BS/por) Die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) eröffnete Mitte April ihre neue Niederlassung in der Friedrichstraße 185 in Berlin-Mitte. Das Unternehmen ist bereits seit 25 Jahren in Berlin präsent und beschäftigt heute 34 Mitarbeiter in der Hauptstadt. Vom Standort Berlin aus unterstützt die IABG Behörden von Bund und Ländern beim Aufbau und dem Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen für Sicherheitsaufgaben (BOS).**

Ein wesentlicher Vorteil ist auch die zentrale Lage der neuen Niederlassung. Die IABG befindet sich nun in unmittelbarer Nähe zu wichtigen Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft in der Hauptstadt. Durch die räumliche Nähe der neuen Niederlassung erweitert die IABG ihre Möglichkeiten, u. a. das Bundesministerium der Verteidigung optimal zu unterstützen und somit der Rolle als zuverlässiger und unabhängiger Partner der Bundeswehr noch besser gerecht zu werden.